Deutscher Bundestag **Drucksache 19/977**

19. Wahlperiode 28.02.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Oliver Krischer, Stefan Gelbhaar, Cem Özdemir, Sven-Christian Kindler, Stephan Kühn (Dresden), Daniela Wagner, Lisa Badum, Annalena Baerbock, Harald Ebner, Dr. Bettina Hoffmann, Sylvia Kotting-Uhl, Renate Künast, Steffi Lemke, Dr. Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Julia Verlinden und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Chancen des kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehrs nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Um einer Klage der EU-Kommission gegen Deutschland wegen der dauerhaften Nichteinhaltung von gesetzlichen Luftqualitätsabgaben zu entgehen, haben die geschäftsführende Bundesministerin Barbara Hendricks sowie die geschäftsführenden Bundesminister Peter Altmaier und Christian Schmidt am 11. Februar 2018 einen Brief an den Umweltkommissar der Europäischen Union, Karmenu Vella, gesendet. Darin skizzieren sie erforderliche Maßnahmen für sauberere Luft. Dazu gehören u.a.:

a) Schaffung eines neuen Rechtsrahmens, der die Länder und Städte ermächtigt, verbindliche Anforderungen und Emissionsgrenzwerte für Busse und Taxis festzulegen;
b) Einführung von wirkungsvollen Verkehrsregelungen, um die von Fahrzeugen mit fossilen Verbrennungsmotoren ausgehende Luftverschmutzung zu reduzieren;
c) Einrichtung von Umweltzonen;
d) Überlegungen für kostenlosem ÖPNV;
e) Fiskalische Maßnahmen zur Förderung der Erneuerung von Fahrzeugflotten;
f) Reduzierung von Emissionen durch technische Nachrüstung von Fahrzeugen;
g) Einrichtung zur Überprüfung der Effektivität der Maßnahmen innerhalb einer Gruppe von fünf Modellstädten;

Der Bundestag begrüßt die Maßnahmen als sinnvolle Schritte und mahnt eine zeitnahe Konkretisierung und Umsetzung an um der Klage der EU-Kommission und drohenden Fahrverboten in betroffenen Kommunen zu entgehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. in enger Zusammenarbeit mit allen zuständigen Ministerien und Behörden auf Bundes-, Landes- sowie auf kommunaler Ebene kurzfristig alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um das Ziel sauberer Luft und die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte zu erreichen, damit die Klage der EU-Kommission, die mit empfindlichen Geldstrafen verbunden ist, eingestellt wird;
2. die im Brief der geschäftsführenden Bundesregierung vom 11. Februar 2018 genannten Maßnahmen – sowie weitere wirksame Maßnahmen darüber hinaus – schnellstmöglich umzusetzen und insbesondere zusammen mit den Ländern und Kommunen ein Konzept für kostenlosen ÖPNV als Mittel zur Senkung der Anzahl der Privat-Pkw voranzutreiben und das Parlament anschließend darüber zu informieren.

Berlin, den 27. Februar 2018

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.